

Die Zeit, 10.11.2010, **Demokratie-Kämpfer unter Generalverdacht**, Jennifer Stange,  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-11/saechsischer-foerderpreis>

Eklat in Dresden: Nominierte des Sächsischen Förderpreises für Demokratie sollten in einer Erklärung versichern, dass sie nicht linksextrem sind.

Aufregung um die misslungene Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie: Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz (AKuBiZ) aus Pirna hatte am Dienstagabend überraschend auf seine mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung verzichtet.

Hintergrund ist eine von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) auf den Weg gebrachte Initiative. Unter anderem will die Familienministerin die Mittelvergabe an Initiativen gegen Rechtsextremismus ab 2011 von einem (schriftlichen) Bekenntnis zum Grundgesetz abhängig machen. Sie will damit unterbinden, dass extrem linke Gruppierungen durch ihre Projekte gegen Rechtsextremismus finanziell unterstützt werden. Denn Schröder sieht den Linksextremismus in Deutschland bisher nicht genügend bekämpft.

Die Jury des Sächsischen Förderpreises hatte Schröders Idee bereits vorweggenommen und die diesjährigen Nominierten dazu aufgefordert, eine "antiextremistische" Grundsatzerklärung zu unterzeichnen. Im Bestätigungsformular zur Nominierung heißt es, den Nominierten sei bewusst "dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird".

Vielmehr sollten die Nominierten "dafür Sorge tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten". So könnten sich die Organisationen im jährlichen Verfassungsbericht über die Verlässlichkeit ihrer Partner informieren.

Diese Klausel nahm das AKuBiZ zum Anlass, um kurz vor der Preisverleihung anzukündigen, dass es den Hauptpreis nicht annehmen wolle. Man wolle sich nicht der Aufforderung beugen, Kooperationspartner "auszuleuchten", teilte der Verein mit, der schon mehrmals für seine Arbeit gegen rechte Jugendkultur, Rassismus und Antisemitismus ausgezeichnet wurde.

Der Vorsitzende Steffen Richter betonte, man wähle "selbstverständlich" seit Jahren die Partner des Vereins "danach aus, ob sie demokratische Werte teilen und sich gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche Teilhabe einsetzen". Gerade deshalb sei die "antiextremistische Grundsatzklausel" ein Affront gegen jegliches zivilgesellschaftliches Engagement. Eine ständige gegenseitige Überprüfung würde außerdem "die Vertrauensgrundlage" der Arbeit der Organisationen infrage stellen.

Unterstützung kam auch von Laudatorin Gesine Schwan: Demokratiepölitik dürfe engagierte Bürgerinnen und Bürger nicht pauschal unter Verdacht stellen. Damit würde nur eine "Kultur des Misstrauens" gefördert werden, sagte die ehemalige SPD-Kandidatin um das Bundespräsidentenamt.

Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz, der auf der Veranstaltung den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) als Schirmherr des Förderpreises vertrat, verteidigte das Vorgehen. Eine Auszeichnung mit dem Demokratiepreis sei sehr wohl an Verpflichtungen

geknüpft. Das seien die Einhaltung von "Leitplanken" der Demokratie und die Sorge dafür, weder nach rechts noch nach links "vom Weg abzukommen".

Gleichzeitig machte Cohausz auch die Jury für den unglücklichen Verlauf der Preisvergabe verantwortlich. So bemängelte Cohausz, dass die Entscheidungsfindung der Jury nicht durch eine Geschäftsordnung strukturiert und eher "informell" sei.

Zur Stiftung gehören unter anderen die Amadeu Antonio Stiftung, die Kulturstiftung Dresden der Dresdner Bank, die Stiftung der Dresdner Frauenkirche und Michael Wilhelm als Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren. Laut eigener Aussage hatte Willhelm innerhalb der Jury darauf gedrängt, von den Nominierten ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zu fordern, als sich abzeichnete, dass AKuBiZ sich als Hauptpreisträger durchsetzen würde. Als Begründung seiner Vorbehalte verwies der Vertreter der Landesregierung ohne weitere Erklärungen auf die Homepage des Vereins, auf der sich auf den ersten Blick nichts Verdächtiges entdecken lässt.

Aus einer Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Monika Lazar (Grüne) geht hervor, der Verfassungsschutz habe nach der Jury-Entscheidung Vorbehalte gegen den Preisträger angedeutet und damit ein "Klima der Verunsicherung" geschaffen. Initiativen gegen Rechts würden heutzutage unter den Generalverdacht des Extremismus gestellt, schrieb Lazar.

Dass Initiativen aufgrund von Inhalten auf der Homepage oder verlinkten Seiten als "linksextremistisch" eingestuft werden, kommt immer wieder mal vor. Insbesondere von öffentlichen Geldern abhängigen Initiativen kann dies empfindlich schaden. Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. beispielsweise ist aufgrund einer Einstufung als "linksextremistisch" im bayerischen Verfassungsbericht 2008 aus der beim bayerischen Jugendring angesiedelten Landeskoordinationsstelle gegen Rechtsextremismus ausgeschlossen worden und dem Verein wurde die Gemeinnützigkeit aberkannt.

Obwohl der bayerische Verwaltungsgerichtshof kürzlich die Anordnung erließ, die fragliche Nennung aus dem Verfassungsschutzbericht zu streichen, konnte sich der bayerische Jugendring bisher noch nicht dazu entschließen, die Zusammenarbeit wieder aufzunehmen.

Die den Sächsischen Förderpreis mitausrichtende Amadeu Antonio Stiftung distanzierte sich inzwischen von der Extremismus-Klausel. Die Vorsitzende des Stiftungsvorstands, Anetta Kahane, erklärte, es habe in der Jury Diskussionen gegeben, schließlich habe sich das Innenministerium mit seiner Klausel durchgesetzt. "Wir hätten dagegen Einspruch erheben sollen, aber der Zeitdruck und die Aufregung um die Diskussion waren zu groß. Die Stiftungen wurden für die Extremismus-Klausel instrumentalisiert", sagte Kahane. Das Problem liege dabei nicht in dem Bekenntnis zur Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung, sondern in der geforderten Überprüfung der Gesinnung von potenziellen Projektpartnern.

"Die Reaktion des AKuBiZ zeigt, dass wir genau den richtigen Preisträger ausgewählt haben", sagte Kahane. Zynisch klingt das allerdings, wenn man bedenkt, dass der Verein auch weiterhin auf die Fördersumme verzichten muss.

Taz, 10.11.2010, **Annahme verweigert**, Michael Bartsch,  
<http://taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/annahme-verweigert/>

Der Sächsische Demokratiepreis ist mit 10.000 Euro dotiert. In diesem Jahr sollten die Preisträger vor der Verleihung eine "Anti-Extremismus-Erklärung" abgeben.

Betroffene und wütende Gesichter gabe es am Dienstagabend in der Dresdner Frauenkirche. Der Grund: Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna AkuBiZ hatte kurzfristig die Annahme des mit 10.000 Euro dotierten Sächsischen Demokratiepreises verweigert. Die Preisverleihung fiel nur deshalb nicht aus, weil der sächsische Ministerpräsident traditionell noch einen Sonderpreis vergibt. Der Dresdner Verein "Bürger Courage" nahm ihn entgegen.

Das AkuBiZ protestierte mit seiner Absage dagegen, dass das sächsische Innenministerium von der Initiative verlangt hatte, eine Anti-Extremismus-Erklärung abzugeben. Nach dem Willen von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) sollen das ab 2011 alle Initiativen tun, die mit staatlichen Mitteln für ihr Engagement für Demokratie und Menschenrechte gefördert werden. Bereits im Vorfeld hatte die Staatsregierung von CDU und FDP in Sachsen erfolglos versucht, Einfluss auf die Nominierung der zehn Endrundenteilnehmer zu nehmen. "Der Staatsregierung wurde von der Jury ein gewisses Maß an Toleranz abverlangt", sagte am Dienstagabend Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz. Sein Unmut rührte offensichtlich daher, dass einige eher links orientierte Initiativen für den Preis in Frage kamen, darunter das AkuBiZ.

Die umstrittene Erklärung verlangt ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das die Demokratie-Initiativen gleichfalls von allen ihren Partnern einholen sollen. Diese sollen unterschreiben, "dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet" werde.

Das AkuBiZ und das gleichfalls nominierte Leipziger Antidiskriminierungsbüro wehren sich dagegen, dass ihre Bemühungen um Demokratie und Menschenrechte und gegen rechts unter einen Extremismus-Generalverdacht geraten. "Die Aufforderung an eine nichtstaatliche Initiative, ihre PartnerInnen auszuspähen, erinnert eher an Methoden der Stasi und nicht an ein demokratisches System", heißt es in einer Erklärung.

Die eigentlich für die Laudatio vorgesehene zweimalige Bundespräsidentenskandidatin Gesine Schwan (SPD) argumentierte in der Frauenkirche ähnlich. An die Staatsregierung gerichtet, stellte sie die Extremismustheorie in Frage, als sie auf die weite Verbreitung rassistischer und nationalistischer Anschauungen in der Mitte der Gesellschaft verwies. Die Gesinnungsprüfung befördere "eine Kultur des Misstrauens, die im Gegensatz zur Demokratie steht". So werde Demokratie abgewürgt. "Ich wäre froh, wenn die Staatsregierung mehr Vertrauen in die Demokratie hätte!"

Linke und SPD im Landtag wandten sich gleichfalls gegen die Extremismusklausel. "Formulieren Sie belegbare Anschuldigungen oder schweigen Sie ganz!", forderte der Grüne Miro Jennerjahn den Verfassungsschutz auf. Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung, eine der vier Preisstifter, zeigte sich in beiden Richtungen zornig. Sowohl die verlangte Erklärung als auch das Verhalten des AkuBiZ fand sie "unmöglich". Auch Christian Demuth von "Bürger Courage" zeigte sich verärgert, dass die Preisverleihung zum Kampfplatz der Extremismusklausel wird. "Das ist das Ende des Demokratiepreises."

Franfurter Rundschau, 10.11.2010, **Preisträger mag nicht spitzeln**, Katja Tichomirowa,  
<http://www.fr-online.de/politik/preistraeger-mag-nicht-spitzeln/-/1472596/4822266/-/index.html>

Alternatives Zentrum sorgt für Eklat

„Auf welchem Fundament steht unsere Demokratie?“, fragt Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) in einer Rede anlässlich der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie am Dienstagabend. Offenbar auf keinem sonderlich stabilen, denn der diesjährige Hauptpreisträger, das Alternative Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiZ) in Pirna sah sich genötigt, den Förderpreis abzulehnen.

Die Initiatoren des Preises hatten das AKuBiZ zwar offenkundig für preiswürdig empfunden, verlangten aber gleichwohl von allen Preisträgern die Unterzeichnung einer „anti-extremistischen“ Grundsatzerklärung. Mit ihr sollten sich die Projektträger nicht nur zum Grundgesetz bekennen, sondern auch erklären, „auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisatoren, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten“. Um dies sicherzustellen, wurde den Trägern die Lektüre des jährlichen Verfassungsschutzberichtes empfohlen.

Eben dazu, die Projektpartner auf extremistische Strukturen zu überprüfen, wollte sich das AKuBiZ nicht verpflichten lassen. Zwar hatte der Verein die Erklärung bereits unterzeichnet, sah sich dann aber „in der Verantwortung, davon zurück zu treten“. Die Aufforderung erinnere „an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie“, hieß es in der Begründung des Vereinsvorsitzenden Steffen Richter.

Wie ein Sprecher des sächsischen Innenministeriums der Frankfurter Rundschau am Mittwoch bestätigte, hatte man „frühzeitig Bedenken gegen den Hauptpreisträger“ angemeldet. Im Einverständnis mit den Initiatoren des Preises – der Amadeu Antonio Stiftung, der Freudenberg Stiftung, der Kulturstiftung Dresden der Dresdner Bank und der Stiftung Frauenkirche Dresden – habe man dann die Unterzeichnung der Extremismusklausel zur Bedingung gemacht. Damit habe man einer Initiative der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) vorgegriffen, die die „Extremismusklausel“ ab 2011 für alle Empfänger von Fördergeld verbindlich machen will.

Der sächsische Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz meldete ebenfalls Zweifel an der Auswahl der Preisträger an. Die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, erklärte dagegen, sie könne die Absage des AKuBiZ „gut nachvollziehen“. Die Preisstifter hätten sich der Bedingung des Innenministeriums verweigern müssen, so Kahane. „Die Reaktion des AKuBiZ zeigt, dass wir genau den richtigen Preisträger ausgewählt haben.“

Sächsische Zeitung, 10.11.2010, **Schuldzuweisungen nach Demokratiepreis-Eklat**, dpa-Meldung, <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2609958>

Für den Eklat um den Sächsischen Förderpreis für Demokratie macht die Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung das Innenministerium des Freistaats verantwortlich.

„Wir fühlen uns von der Regierung missbraucht“, sagte die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung, Anetta Kahane, der Nachrichtenagentur dpa am Mittwoch in Berlin. Die Stiftung gehört mit drei anderen zu den Initiatoren des Preises, als dessen Schirmherr Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) fungiert.

„Erst nach der bereits feststehenden Entscheidung der Jury hat Innenstaatssekretär Michael Wilhelm veranlasst, dass alle zehn nominierten Projekte eine Anti-Extremismus-Erklärung unterschreiben“, betonte Kahane. Mit dem Wortlaut der Erklärung hatte das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz (AKuBiZ) aus Pirna am Dienstagabend kurz vor der feierlichen Preisverleihung seinen Verzicht auf den mit 10.000 Euro dotierten Preis begründet.

Das Innenministerium wies den Vorwurf des Missbrauchs entschieden zurück. Das Verfahren sei mit den Stiftungen abgesprochen gewesen. Die beanstandete Erklärung werde in Sachsen künftig zur Bedingung für Fördermittelanträge aus dem Programm „Weltoffenes Sachsen“, kündigte Ministeriumssprecher Frank Wend am Mittwoch in Dresden an.

AKuBiZ hatte bei seiner Ablehnung des Preises ausdrücklich die Passage kritisiert, wonach Projektpartner künftig auf „extremistische Strukturen“ geprüft werden sollten. Diese Aufforderung erinnere „eher an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie“.

Blog Störungsmelder, 10.11.2010, **Absage an die Extremismustheorie**, Hannes Heine,  
<http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/11/10/absage-an-die-extremismustheorie> 4950

Bei der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie hat die von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) gewünschte Anti-Extremismus-Erklärung zu einem Eklat geführt. Das für den mit 10 000 Euro dotierten Hauptpreis vorgesehene Alternative Kultur- und Bildungszentrum aus Pirna hat die Ehrung am Dienstagabend aus Protest gegen die Extremismusklausel nicht angenommen.

Die insgesamt zehn nominierten Antirassismus-Projekte sollten sich im Vorfeld schriftlich zur „Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ bekennen und versichern, dass auch Partnervereine dem Grundgesetz verpflichtet seien. Die Erklärung stelle die Projekte unter Extremismusverdacht, sagte die sächsische Bundestagsabgeordnete Monika Lazar (Grüne). In einer Zeit, „in der immer mehr Menschen der Demokratie große Vorbehalte entgegen bringen und den Mut zur Mitgestaltung verlieren“, sei dies besonders fatal.

Ministerin Schröder hatte erst kürzlich angeregt, eine Erklärung zur Vergaberegulierung für staatliche Zuschüsse an zivilgesellschaftliche Initiativen zu machen. Die schwarz-gelbe Landesregierung in Dresden hatte das für den diesjährigen Förderpreis umgesetzt. Der Pirnaer Verein teilte mit, dass Verfassungsschutzbehörden zuweilen schon sozialistische Organisationen als extremistisch einstufen. Lege man die zu unterzeichnende Klausel eng aus, wäre eine Zusammenarbeit mit der Linken untersagt. Auch Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin zeigte Verständnis für den Pirnaer Verein: „Anstatt gelungene Arbeit vor Ort zu würdigen, wird eine verfassungsrechtlich mehr als bedenkliche Erklärung vorgelegt.“ Den Förderpreis vergibt die Amadeu-Antonio-Stiftung gemeinsam mit der Stiftung Frauenkirche und weiteren Dresdner Einrichtungen.

Hier die Stellungnahme der Betroffenen Einrichtung:

Liebe Nominierte, werte Gäste, sehr geehrte Jury-Mitglieder,

heute wird hier der Sächsische Demokratiepreis 2010 verliehen. Wir sind Mitglieder und Unterstützer\_innen des AKuBiZ e.V., eines Pirnaer Vereins, der für den Preis nominiert ist. Wir werden heute keinen der Preise annehmen und möchten erklären, warum wir uns dafür entschieden haben.

Vor wenigen Tagen forderten die Initiator\_innen alle Nominierten auf, eine „antiextremistische“ Grundsatzerklärung(1) zu unterschreiben, deren Inhalt zweifelhaft und kritikwürdig ist. Wir haben dies, wie alle Anderen getan, sehen uns nun aber in der Verantwortung davon zurück zu treten und Stellung zu beziehen.

Im Schreiben heißt es, dass wir als Nominierte nicht den Anschein erwecken dürfen „extremistische Strukturen“ zu unterstützen. Aber ab wann erwecken wir den Anschein? Die jahrelange Unterstützung der Gegenaktivitäten zu Europas größtem Naziaufmarsch in Dresden erfüllt nach Ansicht der Behörden mit hoher Wahrscheinlichkeit diesen Punkt. Uns aber ist es ein Anliegen, dass Nazis nicht ungestört durch die Straßen laufen können, um ihre menschenverachtenden, mörderischen Ideologien zu verbreiten.

Weiterhin fordert die Grundsatzerklärung die Pflicht ein, dass wir als Nominierte alle unsere Partner\_innen auf „Extremismus“ prüfen. Dafür schlagen die Verfasser\_innen u.a. Nachfragen bei

den Verfassungsschutzämtern vor.

Wir aber wählen seit Jahren unsere Partner\_innen danach aus, ob sie humanistische Grundsätze teilen, sich gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche Teilhabe einsetzen. Wir glauben dies auch besser einschätzen zu können, als der Verfassungsschutz, dem Gerichte wiederholt attestierten, fehleinzuschätzen.

Nach der Definition von Bundesregierung und den Verfassungsschutzbehörden sind beispielsweise Organisationen, die eine sozialistische Gesellschaft anstreben als „extremistisch“ anzusehen. Danach wäre uns selbst eine Zusammenarbeit mit der SPD oder der LINKEN untersagt. Die intransparente Kategorisierung von Initiativen, die sich gegen Rechts engagieren, werden wir nicht mit einer unsolidarischen „Gesinnungsprüfung“ unterstützen. Die Aufforderung an uns, unsere Kooperationspartner\_innen auszuleuchten, erinnert eher an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie.

Uns stellt sich die Frage, warum die nominierten Initiativen nicht unterschreiben sollten, dass sie sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen und dass sie humanistische Grundsätze teilen. Da dem nicht so ist, muss angenommen werden, dass dies den Initiator\_innen des Sächsischen Demokratiepreises nicht wichtig ist. Die Zustände in den Heimen für Asylsuchende untermauern diese Vermutung. Stattdessen wurden wir als antirassistische Initiative aufgefordert, die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (Art. 16a GG) gut zu heißen, indem wir uns den Zielen des Grundgesetzes kritiklos verpflichten.

Seit neun Jahren arbeiten wir ehrenamtlich in der Region in Pirna für Menschenrechte und gegen rechtes Gedankengut. Bei mehr als 30 Veranstaltungen im Jahr leisten wir unseren Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum. Für unser Engagement wurden wir angefeindet und Mitglieder unseres Vereins erfuhren Bedrohungen, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen durch Brandanschläge.

Unsere vielfältigen Projekte haben die Jury dazu bewogen uns für den Sächsischen Demokratiepreis 2010 zu nominieren. Darüber haben wir uns sehr gefreut, war es doch eine Bestätigung unserer bisherigen Arbeit.

Wir stehen für Menschenrechte, Chancengleichheit und Antirassismus. Für diese Ziele werden wir uns auch in Zukunft gemeinsam mit allen, die unsere Grundsätze teilen, einsetzen. Deshalb lehnen wir diesen Preis ab, der uns viel bedeutet und unsere Arbeit gewürdigt hätte!

AKuBiZ e.V. Pirna, 09.11.2010 Dresden



Dresdner Neueste Nachrichten, 09.10.2010, **Eklat beim Sächsischen Förderpreis für Demokratie: Sieger nimmt Ehrung nicht an**, dpa-Meldung, <http://www.dnn-online.de/dresden/citynews/eklat-beim-saechsischen-foerderpreis-fuer-demokratie-sieger-nimmt-demokratiepreis-nicht-an/r-citynews-a-14063-print.html>

Dresden. Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz (AKuBiZ) aus Pirna hat am Dienstagabend auf den mit 10.000 Euro dotierten Sächsischen Förderpreis für Demokratie verzichtet. Der Verein begründete die kurzfristige Ablehnung mit der Bedingung, eine „antiextremistische“ Grundsatzerklärung unterschreiben zu müssen. Linke und Grüne lehnen das Papier ebenfalls ab. Eine nahezu identische Klausel sollen Extremismus-Projekte künftig auch bundesweit unterzeichnen, wenn sie gefördert werden wollen. Der Chemnitzer Linke-Bundestagsabgeordnete Michael Leutert kündigte am Dienstag in einem dpa-Gespräch an, dass seine Fraktion die Neuregelung von einem unabhängigen Juristen prüfen lassen werde.

Im Freistaat traf es bereits die zehn für das Finale des „Sächsischen Förderpreises für Demokratie 2010“ nominierten Projekte. Sie sollten sich nicht nur zum Grundgesetz bekennen, sondern auch erklären, „auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten“. Als eine Möglichkeit dafür ist etwa die Lektüre der jährlichen Verfassungsschutzberichte aufgeführt.

Der Verein AKuBiZ hatte die Erklärung bereits unterschrieben, sah sich aber schließlich „in der Verantwortung, davon zurück zu treten“, wie es in seiner Erklärung vom Dienstag heißt. Bei dem Entschluss, den Preis nicht anzunehmen, war dem seit Herbst 2001 bestehenden Projekt noch nicht bekannt, dass es den Hauptpreis bekommen sollte.

In einem von Vereinsmitgliedern vor der feierlichen Preisverleihung mit 200 geladenen Gästen in der Dresdner Frauenkirche verteilten Papier wurde ausdrücklich die Vorgabe beanstandet, Projektpartner auf „extremistische Strukturen“ zu prüfen. Diese Aufforderung erinnere „eher an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie“, erklärte Vereinschef Steffen Richter.

Den Demokratiepreis gibt es seit 2007, er soll das Engagement für Menschenrechte, für den Schutz von Minderheiten, gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus ehren. In diesem Jahr hatte es insgesamt 80 Bewerber gegeben. Der ebenfalls mit 10 000 Euro dotierte Sonderpreis ging an den Dresdner Verein „Bürger.Courage“, für die weiteren Finalisten waren jeweils 500 Euro vorgesehen.

Zu den Initiatoren des Preises gehören unter anderem die Stiftung der Dresdner Frauenkirche und die Amadeu Antonio Stiftung. Schirmherr ist Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), der laut Mitteilung der Organisatoren kurzfristig verhindert war und deshalb von Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz vertreten wurde. Cohausz äußerte sich kritisch über das Auswahlverfahren. Er habe mit einem gewissen Erstaunen feststellen müssen, dass die Jury bislang auf ein informelles Verfahren setze. „Eine Geschäftsordnung, die den Entscheidungsfindungsprozess strukturiert, stünde einer Jury, die Vorbilder demokratischen Handelns auszeichnen will, schon gut zu Gesicht“, fügte er hinzu.

Kritik an der Extremismus-Erklärung hatten zuvor mit dem Antidiskriminierungsbüro Sachsen aus Leipzig bereits eine zweite nominierte Initiative sowie der Linke-Bundestagsabgeordnete Michael Leutert geübt. Leutert sprach von einem „Disziplinierungsversuch auf juristisch wackligen Füßen“. Allein das Verlangen einer solchen Erklärung bei der Vergabe von Fördermitteln stelle die



Initiativen gegen Rechtsextremismus „praktisch unter Generalverdacht“.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Volker Bandmann nannte es hingegen „absurd zu erwarten, dass der Staat mit Steuergeldern seiner Bürger kriminelle Gruppen unterstützt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen“. Im Unterschied zu Bandmann lehnten indes auch seine Landtagskollegen Kerstin Köditz (Linke) und Miro Jennerjahn (Grüne) sowie die Grünen-Bundestagsabgeordnete Monika Lazar die Klauseln ab.

Dresdner Neueste Nachrichten, 10.11.2010, **70. Jahrestag der Bombardierung:**  
**Oberbürgermeisterin Orosz reist nach Coventry**, sl, <http://www.dnn-online.de/dresden/citynews/70-jahrestag-der-bombardierung-coventrys-oberbuergemeisterin-orosz-reist-in-die-partnerstadt/r-citynews-a-14080.html>

Dresden. Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CU) reist am kommenden Wochenende in Dresdens britische Partnerstadt Coventry. Grund sind die Gedenkfeierlichkeiten anlässlich der Bombardierung Coventrys am 14. November vor 70 Jahren, teilte die Stadtverwaltung am Mittwoch mit. Auf dem Programm stehen unter anderem Gottesdienste und Kranzniederlegungen in der Kathedrale Coventry und im War Memorial Park.

„Das gemeinsame Schicksal der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg und der Wunsch nach Versöhnung waren der Grund und sind der Motor für die erste Städtepartnerschaft, die Dresden 1959 einging: Dresden - Coventry. Aus der Tragödie in der Geschichte ist ein enger Austausch mit Jugend- und Kulturprojekten, Bürgerbegegnungen und der Zusammenarbeit von Kirchen, Vereinen, Universitäten und Schulen entstanden“, so Orosz laut Mitteilung. Begleitet wird die Oberbürgermeisterin von den Stadträten Georg Böhme-Korn (CDU) und Tilo Kießling (Linke) sowie Pfarrer Holger Treutmann von der Frauenkirche.

In Dresden werden die Kirchgemeinden der Kreuzkirche und der Frauenkirche in Gottesdiensten die Erinnerung an die Zerstörung Coventrys wach halten und den Wunsch nach Versöhnung und Frieden bekräftigen.